

Marie-Luise Dött MdB

umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Haushalt 2010 Einzelplan 16 – BMU -

„Umwelthaushalt 2010 – Grundlage für eine ambitionierte Klima- und
Umweltpolitik“

Donnerstag, 21. Januar 2010

Herr Präsident,

meine Damen und Herren,

auch in der jetzt vor uns stehenden Legislaturperiode werden Umwelt- und Klimaschutz im Zentrum der politischen Arbeit stehen.

Der Entwurf des Haushalts 2010 schafft dafür eine sichere finanzielle Basis.

Dieser Haushalt sichert umwelt- und klimapolitische Kontinuität und schafft die Grundlagen für die Umsetzung unserer ambitionierten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag.

Damit wird Deutschland auch weiterhin beim Klima- und Umweltschutz Schrittmacher bleiben.

Ambitionierte nationale Umwelt- und Klimapolitik, Impulse für die dynamische Entwicklung europäischen Handelns und globale Zusammenarbeit sind die Schlüsselbegriffe dieser Politik.

Meine Damen und Herren,

Deutschland hat die Wirtschafts- und Finanzkrise dank einer tatkräftigen und gleichzeitig besonnenen Politik bislang vergleichsweise gut beherrscht.

Die Krise ist aber noch nicht vorbei.

Wir müssen die ökologische Modernisierung des Landes, die Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs als Chancen für Wachstum und Beschäftigung nutzen.

Umwelt- und Ressourcenschutz wird immer mehr zum Hebel für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit.

Dieser Hebel wirkt in zwei Richtungen gleichzeitig.

Nur die Volkswirtschaft wird künftig wettbewerbsfähig sein, die international bei der Energie- und Ressourcenproduktivität vorn liegt.

Und nur die Unternehmen werden künftig Produkte und Technologien verkaufen, die umweltverträglich und ressourceneffizient sind.

Wer heute den politischen Rahmen schafft, um Erneuerbare Energien voranzubringen und die Entwicklung von Effizienztechnologien voranzutreiben, der macht die Wirtschaft fit für den globalen Wettbewerb von morgen.

Deutschland ist in diesen Bereichen im internationalen Wettbewerb vorn.

Aber dieser Spitzenplatz muss von Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand täglich neu erkämpft werden.

Die Politik ist gefordert, für diesen Wettbewerb die Rahmenbedingungen zu setzen.

Diese Rahmenbedingungen sind:

- fairer Wettbewerb zwischen allen Beteiligten,
- Technologieoffenheit,
- weniger Bürokratie,
- faire internationale Wettbewerbsbedingungen und
- klare, anspruchsvolle und verlässliche umweltpolitische Vorgaben.

Genau dafür werden wir mit der Umsetzung des Koalitionsvertrags sorgen.

Genau dieser Weg spiegelt sich im Haushaltsentwurf wieder.

Meine Damen und Herren,

Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz.

So richtig diese Analyse ist, einen Automatismus gibt es dafür nicht.

Umweltpolitik ist der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet.

Umweltpolitik ist aber auch verpflichtet, Instrumente und konkrete Maßnahmen zu suchen, mit denen Umweltschutz, wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen erreicht werden.

Energiepolitik beispielsweise kann nicht zum alleinigen Ziel haben, Deutschland CO₂-frei zu machen.

Dieses, aus Klimaschutzaspekten durchaus wünschenswerte Ziel, kann nicht der einzige Maßstab für die Politik sein.

Der Maßstab für Energiepolitik beinhaltet auch die sichere und bezahlbare Energiebereitstellung für die Bürger und für die Wirtschaft.

Und genau deshalb ist es richtig, vor einer Entscheidung über den künftigen Energiemix genau zu prüfen, wie die Anforderungen an eine moderne umwelt- und ressourcenverträgliche Energieversorgung über die Zeitschiene aussehen.

Auf dieser Zeitschiene muss dann über den Energiemix entschieden werden – auf wissenschaftlicher Grundlage, verantwortungsbewusst und technologieoffen.

So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart, und so ist es richtig.

Meine Damen und Herren von der Opposition,

begleiten Sie diesen Prozess konstruktiv, statt ihn zur parteipolitischen Profilierung zu missbrauchen.

Machen Sie ehrliche und konstruktive Oppositionsarbeit.

Das ist Aufgabe der Opposition.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir brauchen im Umwelt- und Klimaschutz mehr Effizienz.

Wir müssen stärker als bisher das Kosten-/Nutzenverhältnis der Maßnahmen im Auge behalten.

Das ist schon in wirtschaftlich normalen Zeiten ein Gebot.

In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise muss die Effizienz des Mitteleinsatzes ein ganz entscheidendes Beurteilungskriterium sein.

Jeder Euro, den wir für Umwelt- und Ressourcenschutz ausgeben, ob aus Haushaltsmitteln, von Unternehmen oder vom Bürger, muss unter Effizienzgesichtspunkten gerechtfertigt sein.

Das betrifft auch die Erneuerbaren Energien.

Die Bürger zahlen jährlich allein für die Photovoltaik Milliardenbeträge an Subventionen mit der Stromrechnung.

Deshalb ist es richtig, dass wir umgehend die Förderung der Photovoltaik reduzieren.

Eine „Hängematte“ aus ungerechtfertigt hohen Einspeisevergütungen hilft niemandem, auch nicht den Herstellern der Anlagen.

Die dringend erforderlichen Innovationsanreize erreicht man nicht durch maximale, sondern durch optimale Förderung.

Und diese Innovationsanreize werden nicht nur die Bürger entlasten.

Sie werden auch dafür sorgen, dass nicht chinesische Solarpanele auf deutschen Dächern montiert werden, sondern deutsche auf chinesischen Dächern.

Genau das schafft Arbeitsplätze in Deutschland, und genau das hilft dem globalen Klimaschutz.

Und nur so behalten die Erneuerbaren Energien die Akzeptanz bei den Bürgern.

Meine Damen und Herren,

es ist ein Grundsatz unserer Umweltpolitik, wo immer es sinnvoll ist Investitionsanreize auch für die Bürger zu schaffen.

Mit der Verstetigung des Marktanzreizprogramms zur Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmemarkt (MAP) bei 400 Millionen Euro auch im kommenden Haushaltsjahr erhalten die Bürger weiterhin verlässliche Förderung bei Investitionen in neueste Technologien.

Das nutzt der Umwelt und dem Klima, hilft den Bürgern und schafft Arbeitsplätze im Handwerk und bei den Herstellern.

Wir stehen zu unserem Wort, die finanzielle Förderung der Nachrüstung mit Dieselpartikelfiltern fortzusetzen und künftig auch die Nachrüstung leichter Nutzfahrzeuge einzubeziehen.

Weniger Feinstaub, finanzielle Anreize für die Bürger und Entlastung für Handwerk und Mittelstand in den Ballungsräumen sind damit gesichert.

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt sichert eine dynamische Weiterentwicklung von Umwelt- und Klimaschutz.

Mit diesem Haushalt, insbesondere den 120 Millionen Euro aus der Klimaschutzinitiative, übernehmen wir internationale Verantwortung für Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt.

Dieser Haushalt schafft Wachstum und Beschäftigung bei den Umwelt- und Ressourcenschutztechnologien, im Mittelstand und im Handwerk.

Dieser Haushalt setzt Innovationsanreize.

Und, meine Damen und Herren,

dieser Haushalt ist so angelegt, dass in vielen Bereichen die Gelder unmittelbar beim Bürger ankommen.